

BERICHT UNION FÜR DEN MITTELMEERRAUM



Der Bericht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und Richtigkeit. In unregelmäßigen Abständen wird der Bericht aktualisiert.

Mai 2017

Inhalt

Allgemeine Übersicht der Union für den Mittelmeerraum	3
Mitgliedsländer der Union für den Mittelmeerraum	4
Ägypten	4
Albanien	6
Algerien	8
Bosnien und Herzegowina	10
Europäische Union (siehe gesonderter Bericht)	
Israel	12
Jordanien	14
Libanon	16
Libyen	18
Marokko	19
Mauretanien	21
Montenegro	23
Palästinensische Autonomiegebiete	25
Syrien	27
Tunesien	28
Türkei	30
Quellen	32



Allgemeine Übersicht der Union für den Mittelmeerraum

Die *Union für den Mittelmeerraum* ist eine Gemeinschaft zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, den Mittelmeeranrainerstaaten sowie den an diese angrenzenden Staaten Mauretanien und Jordanien, die am 13. Juli 2008 in Paris gegründet wurde. Insgesamt sind der Union inzwischen über 40 Staaten beigetreten. Die *Union für den Mittelmeerraum* wurde geschaffen, um eine engere Kooperation zwischen den Ländern der Levante und Nordafrikas zur EU zu schaffen. Viele der Mittelmeeranrainerländer würden unter anderem aufgrund historischer Bindungen zum Kerneuropa gern Mitglied der EU werden, was nicht nur an geographischen Herausforderungen scheitert. Die Union ist allerdings nicht so eng, wie es die EU ist. Lediglich die Türkei, als Bindeglied zwischen Europa und Vorderasien, sowie Albanien und Montenegro sind offizielle Beitrittskandidatinnen zur EU. Bosnien und Herzegowina ist die EU-Beitrittskandidatur in Aussicht gestellt worden. Dieser Bericht bezieht sich ausschließlich auf die Nicht-EU-Länder der *Union für den Mittelmeerraum*. Für die Länder der EU steht ein weiterer Bericht bereit.

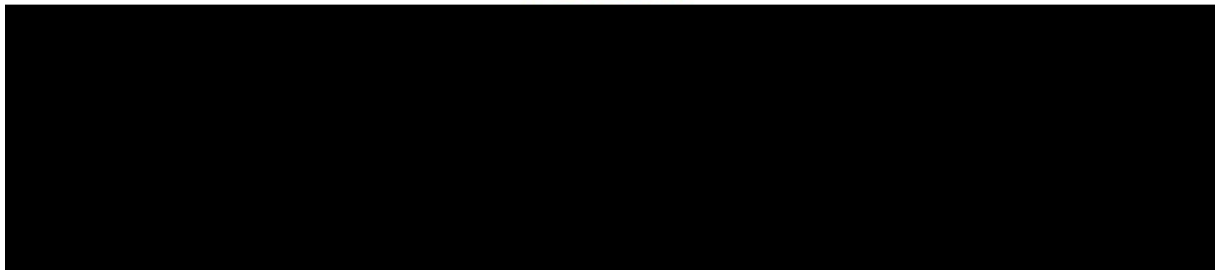
Zunächst handelt es sich um eine Region, die politisch und religiös auf längere Sicht Probleme haben wird zur Ruhe zu kommen. Die Entwicklung in der Levante und Nordafrikas ist dabei höchst unterschiedlich. Während die Türkei und Israel trotz aller demokratischen und sonstigen Probleme als Stabilitätsanker in der Region gelten, sind die Palästinensischen Autonomiegebiete, Ägypten, Libyen, große Teile des Libanon und Nordafrikas und insbesondere Syrien das Gegenteil. Investitionen in allen Ländern der Region wollen wohl bedacht sein und bedürfen einer ständigen Beobachtung der politischen und wirtschaftlichen Lage. Dies gilt besonders dann, wenn es um Investitionen zur reinen Kapitalvermehrung geht, ohne produktiv vor Ort aktiv zu werden. Am Beispiel des Tourismus, der Gastronomie und des Einzelhandels lässt sich dies exemplarisch ablesen. Für Israel war 2013 das bislang stärkste Jahr für den Tourismus überhaupt. Seither ist der Trend deutlich rückläufig. Die Branchenverbände sprechen von einem Rückgang von flächendeckend etwa 30% seit 2013. 2017 setzt sich dieser Trend im vierten Jahr in Folge fort. Das schlägt sich dann auch auf Gastronomie und Einzelhandel nieder. So ist die Entwicklung auch in den klassischen Touristenzielen in Nordafrika (Marokko, Algerien, Tunesien etc.) festzustellen. Die Türkei ist hier seit Anfang 2016 hinzugekommen. Nachdem die russische Wirtschaft aufgrund der verhängten Sanktionen infolge der Annexion der Krim und der kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ostukraine, insbesondere aber wegen des durchgesackten Ölpreises, deutlich ins Minus gedreht ist, können sich russische Staatsbürger, die einen bemerkbaren Anteil am türkischen Tourismus hatten, kaum noch Reisen ins Ausland leisten. Hinzu kommt das Ausbleiben westlicher Touristen. Als Folge sind massive Überkapazitäten und ein entsprechender Preisverfall festzustellen. Es kann zudem festgestellt werden, dass die Türkei und Israel aufgrund problematischer politischer Vorgehensweisen auch weiterhin deutlich hinter den eigenen Möglichkeiten zurück bleiben. Nach den politischen Umwälzungen in Ägypten ist jüngst eine „Wiederentdeckung“ des Landes feststellbar. Grundsätzlich ist es für Investoren mit internationaler Ausrichtung sehr viel leichter vor Ort erfolgreich aktiv zu werden, als für solche, die auf die lokalen/regionalen Märkte angewiesen sind. In allen Ländern der Region ist Korruption ein Alltagsproblem und teilweise Bestandteil der Wertschöpfungskette. Die ständig wechselnden politischen Lagen vor Ort tun ihr übriges. Für internationale Investoren, die für den Weltmarkt produzieren, ist die Region nach wie vor sehr interessant. Die steuerlichen Vergünstigungen, Förderprogramme, in Verbindung mit den deutlich geringeren Personalkosten, sorgen dafür. Reine Investitionen in Immobilien zur Vermietung/Vermarktung sind für Einzelinvestoren aus der EU / den USA nur in einigen Ländern der Region empfehlenswert, obgleich es auch insgesamt immer wieder sehr interessante Möglichkeiten gibt. Mit Ausnahme Libyens, Syriens und der Palästinensischen Autonomiegebiete gibt es derzeit kein Land der Region, in dem Investitionen grundsätzlich als nicht empfehlenswert gelten müssen.

Hauptsitz: Barcelona, Spanien

Website: <http://ufmsecretariat.org>

Wingsch Real Estate Investments • Mail: info@wingsch.net • Internet: www.wingsch.net

Mitgliedsländer der Union für den Mittelmeerraum



Ägypten

Hauptstadt: Kairo

Website: <http://www.egypt.gov.eg> - Tourismus: <http://www.egypt.travel>

Ägypten ist ein Staat im nordöstlichen Afrika mit über 87 Millionen Einwohnern und einer Fläche von über einer Million Quadratkilometern. Die Metropole Kairo ist Hauptstadt und eine der bevölkerungsreichsten Städte bzw. Regionen der Erde. Ägypten hat als interkontinentaler Staat eine Landbrücke vom größeren afrikanischen Teil nach Asien, dem Sinai. Diese Halbinsel wird im Allgemeinen zum asiatischen Kontinent gezählt. Ägypten hat vor allem durch seine hohe Bevölkerungsanzahl eine enorme politische und kulturelle Ausstrahlung in der arabischen und islamischen Welt. Aber auch in der Geschichte der Zivilisation der Menschheit hatte es eine große Bedeutung, wovon viele Ausgrabungen und antike architektonische Sehenswürdigkeiten zeugen. Hier entstand bereits um 3000 v. Chr. mit dem Alten Ägypten eine der frühen Hochkulturen der Alten Welt. Das begehrte Land am Nil erlebte nach der Pharaonenzeit eine wechselvolle Geschichte von vielen Fremdherrschaften, bis es 1922 wieder seine Selbstständigkeit erlangte. Aber auch jetzt endeten die Machtkämpfe um Ägypten nicht, sie gingen im Innern weiter. Die Proteste des Arabischen Frühlings erfassten 2011 auch Ägypten. Darauf folgte die Staatskrise 2013/14.

Die zuvor eher sozialistische Planwirtschaft Ägyptens wurde ab den 1970er Jahren unter Präsident Anwar as-Sadat liberalisiert und nach Außen geöffnet. Insbesondere in den 1990ern wurden mehrere staatliche Unternehmen privatisiert. Ägypten ist nach Südafrika das am stärksten industrialisierte Land Afrikas, allerdings ist die Landwirtschaft nach wie vor eine wichtige Grundlage der Wirtschaft. Die Haupteinnahmequellen Ägyptens sind der Erlös aus dem Erdöllexport und der Benutzung des Sueskanals sowie die Gastarbeiterüberweisungen aus dem Ausland und der Tourismus. Ägypten verfolgt eine auf ausländische Direktinvestitionen abzielende Wirtschaftspolitik. Die Zahl privater Unter-

nehmen, zum Teil mit ausländischer Beteiligung wie im Fahrzeugbau, hat seit den 1970er Jahren deutlich zugenommen. Familienunternehmen von zum Teil erheblicher Größe dominieren den Privatsektor. Die Einkommensverteilung im Land ist sehr ungleich. Seit dem Frühjahr 2013 zeigt sich ein Steigen von Armut, verbunden mit Devisenknappheit und stark gesunkenen Tourismus-Einnahmen. Die Zerrissenheit der politischen Landschaft scheint wirtschaftliche Reformen zu verzögern. Internationale Lebensmittelhilfen (Getreide) werden diskutiert. Als ganzjähriges Reiseziel hat Ägypten seit Jahren einen festen Platz im weltweiten Tourismus ist jedoch angesichts der schwierigen regionalpolitischen Lage in diesem Bereich anfällig für starke Schwankungen. Wurden 2010 noch 14,7 Millionen Touristen gezählt, so waren es 2015 nur noch knapp 10 Millionen, davon ca. 10% aus Deutschland. Die Europäische Union ist der größte Handelspartner und Direktinvestor. Ägypten ist seit 1995 Mitglied in der Welthandelsorganisation (WTO). Das 2004 in Kraft getretene EU-Assoziationsabkommen regelt den freien gegenseitigen Handel. Bestehende Handelsbarrieren sollen bis 2019 abgebaut sein. Verhandlungen über ein umfassendes Freihandelsabkommen (*Deep and Comprehensive Free Trade Agreement*) werden durch die EU angestrebt.

Aktuelles Ranking laut Weltbank BIP Index: 31

Aktuelles Ranking laut Global Competitiveness Report: Keine Angaben

Aktuelles Ranking laut Transparency International: 108

Aktuelles Ranking laut Reporter ohne Grenzen: 161

Aktuelles Ranking laut Rule of Law Index: 110

Aktuelles Ranking laut UN Human Development Index: 111

Aktuelles Ranking laut S&P Global: B-

Aktuelles Ranking laut Global Peace Index: 142

Aktuelles Ranking laut Weltbank Doing Business Index: 122

Aktuelles Ranking laut Travel & Tourism Competitiveness Index: 74



Albanien

Hauptstadt: Tirana

Website: <http://www.kryeministria.al> - Tourismus: <http://albania.al>

Albanien ist ein Staat auf der Balkanhalbinsel. Die natürliche Westgrenze wird durch die Küsten des Adriatischen und des Ionischen Meeres gebildet, wodurch das Land zu den Anrainerstaaten des Mittelmeeres zählt. Das Land ist Mitglied der NATO und Beitrittskandidat der EU. Die Hauptstadt Tirana ist der kulturelle, politische und wirtschaftliche Mittelpunkt eines zentralistisch organisierten Staates und ist Sitz mehrerer Einrichtungen, Organisationen und Parteien. So befinden sich hier das Parlament und die Regierung des Landes. Albanien gehört zu den ärmsten Ländern Europas.

Rückgrat der Ökonomie bleibt die Landwirtschaft, deren Anteil am BIP sich in der letzten Dekade auf 20 Prozent halbiert hat, die aber noch 47,8 Prozent der Arbeitskräfte beschäftigt. Wirtschaftliche Aktivität verteilt sich regional sehr unterschiedlich. Der Großteil des BIP wird in der Küstenregion erwirtschaftet, insbesondere im Raum Tirana/Durrës. Dagegen ist in vielen unwegsamen Bergregionen, in denen sich Wirtschaft weitgehend auf Landwirtschaft beschränkt, soziale und ökonomische Entwicklung kaum spürbar. Es findet eine erhebliche Binnenwanderung aus strukturschwachen Gebieten in die Städte statt. Albanien befindet sich seit vielen Jahren in einem schwierigen Transformationsprozess von der ehemals sozialistischen Planwirtschaft in eine moderne offene Marktwirtschaft. Nach schweren Krisen in den 90er Jahren können allmählich Erfolge verzeichnet werden: Viele staatliche Unternehmen wurden privatisiert, der rechtliche Rahmen wurde ausgebaut, die Inflationsrate wurde stabil gehalten, die Arbeitslosenquote ist gesunken, das Bruttoinlandsprodukt und das durchschnittliche Monatsgehalt sind gestiegen, der Tourismus-Sektor verzeichnete steigende Einnahmen, die Infrastruktur wurde massiv verbessert, die Volkswirtschaft wächst von Jahr zu Jahr – sogar während der Finanzkrise ab 2007 verzeichnete Albanien im Gegensatz zu den meisten anderen europäischen Ländern noch ein Wirtschaftswachstum. Die Anzahl der Menschen, die unter der Armutsgrenze

ze leben, wurde verringert und seit 2008 besteht eine Flat Tax-Rate von 10 Prozent, eine der niedrigsten in Europa.

Eines der größeren Probleme des Landes ist die schwache Infrastruktur. Die Hauptverbindungsachsen wurden zwar erneuert und ausgebaut, doch der Großteil der Transportwege in ländlichen Gebieten ist noch immer sehr schlecht. Die Wasserversorgung ist dort meist auf wenige Stunden pro Tag beschränkt und auch Stromausfälle kommen regelmäßig vor. Wegen dieser wirtschaftlichen Probleme auf dem Land haben viele ihre Dörfer verlassen und sind entweder in die Stadt umgezogen oder ins Ausland ausgewandert.

Die Zahl der Touristen steigt von Jahr zu Jahr. Ein Anstieg der Übernachtungszahlen wird auch für die Zukunft erwartet. Das *World Travel & Tourism Council* prognostiziert ein jährliches reales Wachstum des Tourismus von 5,4 % im Zeitraum von 2006 bis 2015. Tourismus ist ein wesentlicher Bestandteil der aktuellen albanischen Regierungsstrategie zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Basis für die weitere Entwicklung des Sektors ist die 2004 von der albanischen Regierung verabschiedete nationale Tourismusentwicklungsstrategie inklusiv Aktionsplan.

Im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik der Regierung stehen Konjunktur- und Beschäftigungsförderung sowie Schuldenabbau. Maßnahmen stützen sich stark auf ausländische Expertise und Beratung (IWF, Weltbank, Entwicklungsbanken) in Verbindung mit Anreizen für internationale Investoren. Jüngste Gesetze sollen insbesondere ausländische Direktinvestitionen anlocken. Die Energie-, Industrie- und Handelspolitik zielt auf Marktöffnung und Erhöhung von Transparenz und Rechtsstaatlichkeit. Die unklaren Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden, vor allem außerhalb der Städte, bleiben neben einem schwachen Justizsystem und der damit einhergehenden Rechtsunsicherheit, ein Hemmschuh für Entwicklung. Prioritär bleibt die Erneuerung der Infrastruktur.

Aktuelles Ranking laut Weltbank BIP Index: 129

Aktuelles Ranking laut Global Competitiveness Report: 80

Aktuelles Ranking laut Transparency International: 83

Aktuelles Ranking laut Reporter ohne Grenzen: 76

Aktuelles Ranking laut Rule of Law Index: 72

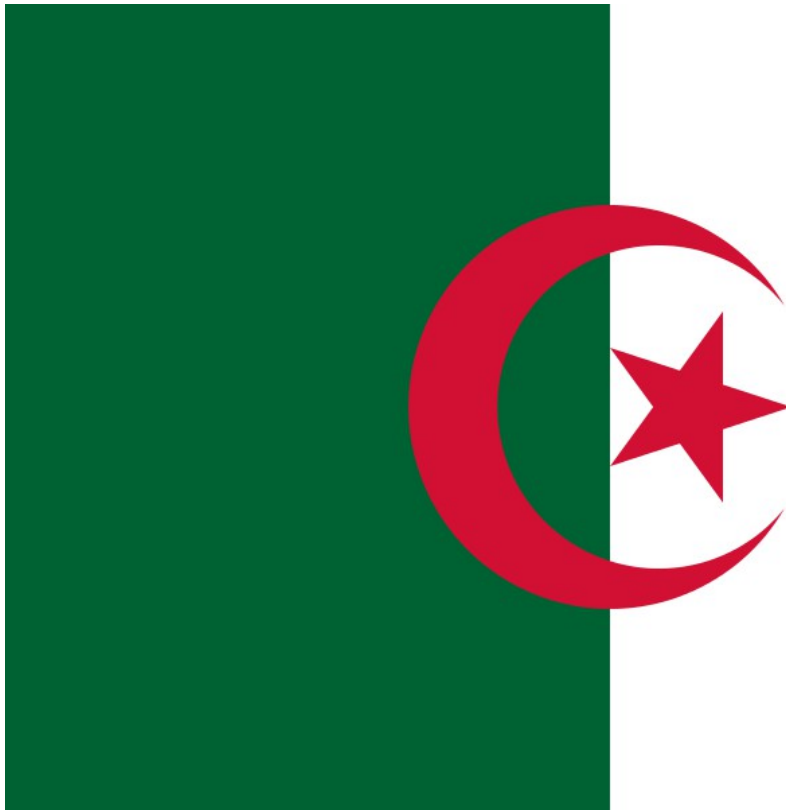
Aktuelles Ranking laut UN Human Development Index: 75

Aktuelles Ranking laut S&P Global: B+

Aktuelles Ranking laut Global Peace Index: 58

Aktuelles Ranking laut Weltbank Doing Business Index: 58

Aktuelles Ranking laut Travel & Tourism Competitiveness Index: 98



Algerien

Hauptstadt: Algier

Website: <http://www.el-mouradia.dz> - Tourismus: siehe Reisewarnungen Auswärtiges Amt

Algerien ist ein Staat im Nordwesten Afrikas und ist der größte Staat des afrikanischen Kontinents. Algerien ist seit 1962 unabhängig und hat ein semipräsidentielles Regierungssystem. Die Hauptstadt Algier ist die größte Stadt und Namensgeber des Landes, Industriestadt, Verkehrsknotenpunkt und Kulturzentrum mit Universitäten, zahlreichen Instituten, Galerien und Museen.

Bestimmend für die algerische Wirtschaft sind Förderung und Export von Erdöl und Erdgas. Die Exporterlöse aus dem Hydrokarbonsektor, der zu etwa 27 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt beiträgt und etwa 60 Prozent der Staatseinnahmen generiert, machen rund 98 Prozent der Deviseneinnahmen aus. Nachdem sich die innenpolitische Lage seit Ende der 1990er Jahre deutlich stabilisiert hat, bemüht sich die Regierung verstärkt um eine Liberalisierung und Privatisierung der Wirtschaft. Das Erbe der früheren Planwirtschaft, die exzessive Bürokratie, weitverbreitete Korruption, ein wenig leistungsfähiger Bankensektor und die immer noch unsichere innere Lage bilden für eine rasche Entwicklung privater Unternehmen und ausländische Investitionen allerdings keine günstigen Bedingungen. Die algerische Regierung will die Produktion in Algerien erhöhen und mehr Arbeitsplätze außerhalb des Öl- und Gassektors schaffen sowie den Knowhow-Transfer und die Ausbildung von qualifiziertem Fachpersonal steigern. In der beruflichen Bildung wird der Fokus auf die Schaffung von Bildungszentren in Partnerschaft mit Unternehmen gerichtet, die zu einer engeren Verzahnung des Bildungssektors mit der Wirtschaft beitragen sollen. Landesweit sind Industriezonen mit Clusterbildung im Aufbau begriffen. Algerien hat einen enormen Bedarf an der Modernisierung seiner Infrastruktur. Der Fünfjahresplan für den Zeitraum 2010 bis 2014 umfasste ein Investitionsvolumen von 286 Milliarden US-Dollar. Schwerpunkte waren der Ausbau von Straßen- und Schienennetz, die Strom- und Wasserversorgung sowie der Wohnungsbau und Investitionen im Gesundheitsbereich. Trotz Sparmaßnahmen wird an wesentlichen Pfeilern der Investitionstätigkeiten festgehalten, darunter den groß angelegten Wohnungsbau-, Sozial- und Infrastrukturvorhaben von strategischer Bedeutung wie z.B. einem neuen Containerhafen am Rande der Hauptstadt Algier oder einem Programm des sozia-

len Wohnungsbaus mit rund einer Million neuen Wohnungen. Der *Internationale Währungsfond* (IWF) empfiehlt Algerien grundlegende Strukturreformen zur Diversifizierung der Wirtschaft, Förderung des Privatsektors, Verbesserung des Geschäftsklimas sowie Reduzierung von Hemmnissen für Investitionen aus dem Ausland. Dadurch könnten ein höheres Wirtschaftswachstum erreicht und Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Abhängigkeit vom Öl- und Gassektor müsse verringert werden. Das Haushaltsgesetz 2016 sieht eine Reihe von Einsparmaßnahmen vor sowie Anreize zur Förderung von Investitionen. Die Diversifikation der Wirtschaft, die stärkere Entwicklung der Wirtschaft außerhalb der Energiewirtschaft, ist deswegen ein Hauptziel der Regierung. Besondere Hoffnungen werden auf die Branchen Transportwesen, Tourismus, Bauwirtschaft und Informationstechnologie gesetzt.

Mit der Umsetzung des am 1. September 2005 in Kraft getretenen *Assoziierungsabkommens* mit der EU steigt der Wettbewerbsdruck für algerische Unternehmen. Der Vertrag mit der EU sieht vor, dass innerhalb von zwölf Jahren sämtliche Handelsschranken zwischen den beiden Partnern wegfallen und Algerien damit Teil der beabsichtigten Freihandelszone wird. Auch der angestrebte Beitritt zur *Welthandelsorganisation* (WTO) wird Algerien zu einer stärkeren Öffnung seiner Märkte zwingen.

Aktuelles Ranking laut Weltbank BIP Index: 54

Aktuelles Ranking laut Global Competitiveness Report: 87

Aktuelles Ranking Estland laut Transparency International: 108

Aktuelles Ranking Estland laut Reporter ohne Grenzen: 134

Aktuelles Ranking laut Rule of Law Index: Keine Angaben

Aktuelles Ranking laut UN Human Development Index: 83

Aktuelles Ranking laut S&P Global: Keine Angaben

Aktuelles Ranking laut Global Peace Index: 108

Aktuelles Ranking laut Weltbank Doing Business Index: 156

Aktuelles Ranking laut Travel & Tourism Competitiveness Index: 118



Bosnien und Herzegowina

Hauptstadt: Sarajevo

Website: <http://www.fbihvlada.gov.ba> - Tourismus: <http://www.bhtourism.ba>

Bosnien und Herzegowina ist ein südosteuropäischer Bundesstaat. Das Staatsgebiet liegt östlich des Adriatischen Meeres und befindet sich nahezu komplett im Dinarischen Gebirge. Hauptstadt und größte Stadt des Landes ist Sarajevo. 2008 wurde das *Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen* mit der Europäischen Union abgeschlossen, das als wichtige Vorstufe für den angestrebten Beitritt zur EU gilt. Eine EU-Vollmitgliedschaft wäre noch vor 2020 möglich, sofern Bosnien-Herzegowina kontinuierlich die wirtschaftliche Situation verbessert, demokratische Strukturen stärkt und ethnische Spannungen abbaut.

Im früheren Jugoslawien gehörte Bosnien und Herzegowina zu den wirtschaftlich schwächeren Regionen. Nach dem Ende des Bosnienkriegs kam es zunächst zu einem kontinuierlichen Wirtschaftswachstum. Die strikte Geldpolitik, die einen festen Wechselkurs der Konvertiblen Mark zum Euro beinhaltet, trug zur Stabilität der Währung bei. Das Bankwesen wurde reformiert, wobei ausländische Banken 85 Prozent der Banken kontrollieren. Die offiziell angegebene Arbeitslosenrate liegt bei 28,2 Prozent, wobei diese Rate durch einen großen grauen Wirtschaftssektor reduziert wird. Die Einführung einer Mehrwertsteuer im Jahr 2006 hat die Staatseinnahmen erhöht. Bosnien und Herzegowina konnte sich von der tiefen Rezession in der ersten Hälfte der Neunziger Jahre zunächst deutlich erholen. Nachdem die weltweite Finanzkrise erneut in die Rezession führte, konnten in den Jahren 2010 und 2011 moderate Wachstumsraten erzielt werden. Da die Wirtschaft des Landes eng mit der Euro-Zone verknüpft ist, führte die Krise im Euro-Raum zu einem erneuten BIP-Einbruch im Jahr 2012. Seither steigt das BIP wieder an: 2013 um 2,5 % und 2014 um 1,05%. In den Folgejahren wird ein Wachstum von über 3 Prozent erwartet. Das Investitionsklima ist weiterhin schwierig. Laut *Global Competitiveness Report 2015/2016* des Weltwirtschaftsforums liegt Bosnien und Herzegowina im Vergleich zum Vorjahr unverändert auf dem schwachen Rang 111 von 140 Ländern. Ausländische Investoren können problemlos Immobilien erwerben. Sie haben die gleichen Rechte wie einheimische Käufer.

Aktuelles Ranking laut Weltbank BIP Index: 112

Aktuelles Ranking laut Global Competitiveness Report: 107

Aktuelles Ranking laut Transparency International: 83

Aktuelles Ranking laut Reporter ohne Grenzen: 65

Aktuelles Ranking laut Rule of Law Index: 50

Aktuelles Ranking laut UN Human Development Index: 81

Aktuelles Ranking laut S&P Global: B

Aktuelles Ranking laut Global Peace Index: 63

Aktuelles Ranking laut Weltbank Doing Business Index: 81

Aktuelles Ranking laut Travel & Tourism Competitiveness Index: 113



Israel

Hauptstadt: Westjerusalem mit stillschweigender Duldung der UN

Website: <http://www.gov.il> - Tourismus: <http://www.goisrael.com>

Grundsätzlich entwickeln sich die Gebiete in Kernisrael in den Grenzen von 1967 deutlich besser, als die besetzten Gebiete (Ostjerusalem, palästinensisches Westjordanland und die syrischen Golanhöhen) und der Gazastreifen. In den besetzten Gebieten wird allerdings nur ein übersichtlicher Teil des BIP erwirtschaftet. Zudem gibt es bemerkenswerte Unterschiede in der Entwicklung überwiegend jüdischer Gemeinden und überwiegend arabischer Gemeinden. Dies liegt an der sehr unterschiedlichen Verwendung von Steuergeldern. So gibt es keine einzige Wirtschaftszone in den arabischen Gemeinden und es werden pro Kopf nur etwa 10% dessen investiert, was in jüdischen Gemeinden aufgewendet wird. Entsprechend desolat ist die Infrastruktur vor Ort. In Jerusalem und Ostjerusalem lässt sich dies beispielhaft feststellen. Die für Israel wichtige Tourismusindustrie steuert im dritten Jahr in Folge auf deutlich sinkende Tourismuszahlen im Vergleich zur Rekordsaison 2012/2013 hin. Der israelische Tourismusverband prognostiziert auf Basis der Vorbuchungen einen Rückgang von bis zu 30%. Während für die Rückgänge in der Saison 2014/2015 die *Operation Protective Edge* des israelischen Militärs verantwortlich war, sind die Rückgänge in der Saison 2015/2016 auf Attacken arabischer Israelis und Palästinenser auf jüdische Israelis, sowie deren Gegenattacken zurück zu führen. Auch der Einzelhandel und die Gastronomie leiden darunter erheblich. Gerade in den touristischen Gebieten sind laut Branchenverbänden zum Teil Umsatzrückgänge von bis zu 40% verzeichnet worden. Die Schließung von Einzelhandelsgeschäften und Gastronomie übersteigt die Zahl der Neueröffnungen bemerkbar. Auch wenn das Gesamtwirtschaftswachstum scheinbar ein kleines Plus erreicht, liegt es angesichts eines jährlichen Bevölkerungswachstums zwischen 2% und 4% tatsächlich auch weiterhin im Minus. Trotz eigentlich sehr guter Beschäftigungslage, sind die entsprechenden Alarmsignale aus den Wirtschaftsverbänden deutlich vernehmbar. Die politisch eher unübersichtliche Situation rund um die Siedlungspolitik in Ostjerusalem, der West Bank und den syrischen Golanhöhen und dem seit

Jahren ausgesetzten Friedensprozess mit den Palästinensern hat in der jüngsten Vergangenheit dazu geführt, dass sich namhafte internationale Unternehmen, darunter insbesondere Banken und große Fonds, teilweise oder ganz aus Israel zurückgezogen haben. Jüngst war dies das französische Mobilfunkunternehmen Orange, das sich mit einem bemerkenswerten Abschiedsgeschenk in Höhe von 500 Millionen Euro aus dem Markt zurückgezogen hat. Dies sind deutliche Indikatoren dafür, wohin die Reise in den kommenden Jahren voraussichtlich gehen wird. Hinzu kommen äußere Umstände. Investoren, die bereits in arabischen Staaten der Region Engagements eingegangen sind und weiterhin halten, sollten sich vor einem Engagement in Israel über die möglichen Konsequenzen ausführlich informieren lassen. Die Immobilienwirtschaft hat mit den genannten Folgen auch zu kämpfen. Investitionen in touristische Projekte sind mit klaren Risiken verbunden. Einzelinvestoren sollten über entsprechende finanzielle Puffer verfügen, um die inzwischen regelmäßigen Durststrecken überbrücken zu können. Land kann in Israel nur in seltenen Fällen gekauft werden. Das Land Kernisraels gehört weit überwiegend dem Staat (69% dem Staat selbst, 12% der Entwicklungsbehörde und 12% dem Jewish National Fund, zusammen 93%) und kann unter bestimmten Voraussetzungen von diesem über verschiedene Laufzeiten gepachtet werden, wobei Nicht-Juden und Nicht-Israelis bei der Vergabe von Land deutlich benachteiligt werden. Lediglich 7% der Landesfläche, überwiegend rund um die großen Agglomerationen herum, sind frei handelbar und auch für Nicht-Juden und Ausländer frei verfügbar. Aufgrund der knappen Verfügbarkeit werden entsprechende Verkaufspreise aufgerufen. Der Markt für Erst- und Zweitwohnsitze ist nach wie vor stabil und kann sich bisher gut behaupten, obgleich die Bank von Israel deutliche Preiskorrekturen erwartet. Hier sind Investitionen weit weniger risikobehaftet, weil durch kontinuierliches Bevölkerungswachstum beständige Nachfrage nach Wohnraum besteht. Der Großraum Tel Aviv ist das wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Herz des Landes und kann sich in der Rolle gut behaupten. Für Unternehmen, die in Israel für den Weltmarkt produzieren, also nicht auf regionale Entwicklungen angewiesen sind, ist Israel nach wie vor ein attraktiver Standort, vor allem wegen deutlich niedrigerer Löhne und Gehälter im Vergleich zu Nordeuropa und Nordamerika und einiger Vergünstigungen bei der Ansiedlung. Eine Neuheit gibt es seit 2015: Erstmals in der Geschichte Israels wurde ein Stadtentwicklungsplan aufgestellt (zunächst nur für Tel Aviv), wodurch zumindest mittelfristig relative Planungssicherheit für Investoren erreicht werden und gleichzeitig die Schattenwirtschaft im Bereich Bauen und Immobilien eingedämmt werden soll. Eine Kernherausforderung bleibt die Schaffung von bezahlbarem und mittlerem Wohnraum in und um die Ballungsgebiete, also dort, wo sich die Arbeitsplatzdichte konzentriert. Statt dessen werden große Siedlungen an der imaginären Grenze zwischen Israel und Palästina und in den völkerrechtswidrigen Siedlungen Ostjerusalems und des Westjordanlands errichtet, die weit von den Ballungszentren entfernt liegen und schlecht erreichbar sind. Die Likud-Regierung hat in den vergangenen Monaten einige bemerkenswerte Entscheidungen getroffen, die sich sowohl auf demokratische und rechtsstaatliche als auch wirtschaftliche Belange negativ auswirken werden oder dies bereits tun. Im Juni 2017 jährt sich das 50 jährige Bestehen der Besetzung der Palästinensischen Autonomiegebiete (Gaza-Streifen, Westjordanland und Ostjerusalem). Beide Gesellschaften sind davon tief geprägt.

Aktuelles Ranking laut Weltbank BIP Index: 35

Aktuelles Ranking laut Global Competitiveness Report: 24

Aktuelles Ranking laut Transparency International: 28

Aktuelles Ranking laut Reporter ohne Grenzen: 91

Aktuelles Ranking laut Rule of Law Index: Keine Angaben

Aktuelles Ranking laut UN Human Development Index: 19

Aktuelles Ranking laut S&P Global: A+

Aktuelles Ranking laut Global Peace Index: 143

Aktuelles Ranking laut Weltbank Doing Business Index: 52

Aktuelles Ranking laut Travel & Tourism Competitiveness Index: 61



Jordanien

Hauptstadt: Amman

Website: <http://www.jordan.gov.jo> - Tourismus: <http://www.visitjordan.com>

Jordanien ist aufgrund seiner geografischen Lage immer auch von den Aktivitäten in den Nachbarländern stark beeinflusst, was sich oft alles andere als einfach und angenehm gestaltet. So taumelt das Land unverschuldet von einer Wirtschaftskrise in die nächste. Das Land hat großes Potential, wird dieses aber erst erschließen können, wenn die Beeinflussbarkeit durch die Nachbarländer deutlich reduziert werden kann. Amman, die Hauptstadt und zugleich wirtschaftliches, kulturelles, gesellschaftliches und politisches Zentrum des Landes, war ursprünglich eine Kleinstadt. Erst durch massiven Zuzug der durch die Israelis vertriebenen Palästinenser entstand die moderne Finanzmetropole mit 4 Millionen Einwohnern. Der Niedergang Beiruts, als Folge des Libanesischen Bürgerkriegs in den 1970er und 1980er Jahren, hat Amman zur führenden Handelsmetropole des Vorderen Orients aufsteigen lassen. Ammans Finanzdistrikt soll erheblich aufgewertet werden, ebenso die Wohninfrastruktur. Hier finden sich einige sehr interessante Investitionsmöglichkeiten, aber auch in den zahlreichen touristischen Projekten im ganzen Land. Das Land ist für ausländische Investitionen offen und bietet vielfältige Hilfestellungen an. Die jordanische Wirtschaft ist stark dienstleistungslastig mit deutlichem Abstand gefolgt vom produzierenden Gewerbe sowie der Landwirtschaft. Der Export nach Europa scheitert oft an der Nichteinhaltung der EU-Standards. Kennzeichnend für alle Sektoren ist, dass Klein- und Mittelständische Unternehmen die Masse der Wirtschaftsleistung im Privatsektor erbringen. Das produzierende Gewerbe steht für 90% der jordanischen Exporte und ist vorwiegend in einer Reihe von Industriezonen bzw. Freihandelszonen ansässig. Größter Arbeitgeber ist der jordanische Staat, gefolgt von UNRWA (Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten). 50% der arabischen Bevölkerung stammt von den aus Palästina vertriebenen 800.000 Palästinensern ab. In jüngster Zeit kamen gut 600.000 Flüchtlinge aus Syrien hinzu, die das Land vor große Herausforderungen stellt ohne das die Internationale Gemeinschaft ausreichend unterstützen würde.

Aktuelles Ranking laut Weltbank BIP Index: 90

Aktuelles Ranking laut Global Competitiveness Report: 63

Aktuelles Ranking laut Transparency International: 57

Aktuelles Ranking laut Reporter ohne Grenzen: 138

Aktuelles Ranking laut Rule of Law Index: 42

Aktuelles Ranking laut UN Human Development Index: 86

Aktuelles Ranking laut S&P Global: BB-

Aktuelles Ranking laut Global Peace Index: 94

Aktuelles Ranking laut Weltbank Doing Business Index: 118

Aktuelles Ranking laut Travel & Tourism Competitiveness Index: 75



Libanon

Hauptstadt: Beirut

Website: <http://www.presidency.gov.lb> - Tourismus: <http://www.destinationlebanon.gov.lb>

Libanon hat eine lange Tradition als Handelsnation. Dabei kommt dem Land eine liberale Wirtschaftsordnung ebenso zustatten wie die vielfältigen Verbindungen ins Ausland – vor allem aufgrund der zahlreichen Auslandslibanesen. Der Libanesischer Bürgerkrieg von 1975 bis 1990 und die Kampfhandlungen infolge der Auseinandersetzung mit Israel 2006 haben erhebliche wirtschaftliche Schäden verursacht und die Rolle des Landes als Drehscheibe für Handel und Dienstleistungen im Nahen Osten nachhaltig beeinträchtigt. Spuren sind trotz teilweise gelungenen Wiederaufbaus der Innenstadt von Beirut bis heute deutlich zu sehen und haben sich in das kollektive Bewusstsein der Bevölkerung eingegraben. Nach wie vor florieren aber die libanesischen Banken und Finanzdienstleister.

Von den Folgen der Weltwirtschaftskrise waren die libanesischen Banken nicht in gleichem Maß betroffen wie die europäischen und nordamerikanischen Unternehmen. Im Zuge des Bürgerkriegs in Syrien brach der Tourismussektor, bis dahin ein wichtiger Pfeiler der Wirtschaft, deutlich ein. Außerdem brach mit Syrien ein wichtiger Absatzmarkt weg, und der Transit in die Golfstaaten, die hauptsächlich Abnehmer von landwirtschaftlichen Produkten, wurde erschwert. Bis zum Beginn des Bürgerkriegs war der Libanon ein beliebtes touristisches Reiseziel, seit 2010 gibt es von mehreren Reiseveranstaltern Bemühungen, den Libanon touristisch neu zu erschließen.

Kein anderes Land auf der Welt hat im Verhältnis zu seiner Einwohnerzahl so viele Flüchtlinge aufgenommen. Rund 1,1 Millionen Menschen aus Syrien haben im Nachbarland Schutz vor dem Bürgerkrieg gesucht. Eine gewaltige Herausforderung für die rund 4,5 Millionen Einwohner – und für ein Land, in dem bereits etwa 450.000 palästinensische Flüchtlinge zum Teil seit Jahrzehnten in Lagern leben. Die Syrienkrise verstärkt die politische Instabilität des Libanon. Anhänger und Gegner des syrischen Machthabers Baschar al-Assad blockieren sich gegenseitig, das Land ist politisch weitgehend gelähmt. Zwar wurde im Februar 2014 eine Regierung der nationalen Einheit gebildet, doch das Amt des Staatspräsidenten ist seit Mai 2014 unbesetzt.

Wingsch Real Estate Investments • Mail: info@wingsch.net • Internet: www.wingsch.net

Trotz seiner relativ kleinen Größe bietet Libanon interessante Geschäftsmöglichkeiten für deutsche Unternehmen. Zwar sind nur wenige Firmen wie die Lufthansa oder die Commerzbank selbst mit einer eigenen Niederlassung in Beirut präsent. Doch vertreten mehr als 300 Agenten Marken wie Mercedes, Bosch und Siemens oder auch weniger bekannte klein- und mittelständische Unternehmen.

Die Hauptstadt Beirut mit 2 Millionen Einwohnern, bis zum Bürgerkrieg auch *Paris des Nahen Ostens* genannt, ist das wirtschaftliche und kulturelle Zentrum des Landes. Hier ist die American University beheimatet, eine der wichtigsten Universitäten des Nahen Ostens. Der Wiederaufbau der Stadt bietet sehr interessante Möglichkeiten. Hier werden teilweise Spitzenpreise, wie man sie aus Europa kennt, erzielt.

Aktuelles Ranking laut Weltbank BIP Index: 82

Aktuelles Ranking laut Global Competitiveness Report: 101

Aktuelles Ranking laut Transparency International: 136

Aktuelles Ranking laut Reporter ohne Grenzen: 99

Aktuelles Ranking laut Rule of Law Index: 89

Aktuelles Ranking laut UN Human Development Index: 76

Aktuelles Ranking laut S&P Global: B-

Aktuelles Ranking laut Global Peace Index: 146

Aktuelles Ranking laut Weltbank Doing Business Index: 126

Aktuelles Ranking laut Travel & Tourism Competitiveness Index: 96



Libyen

Hauptstadt: Tripolis

Website: Keine Angaben - Tourismus: siehe Reisewarnungen Auswärtiges Amt

Libyen ist seit 1951 ein souveräner Staat und war bis 1969 ein Königreich. Im Jahr 1969 kam Muammar al-Gaddafi durch einen Militärputsch an die Macht. Im Februar 2011 begann seine diktatorische Herrschaft zu bröckeln; der libysche Bürgerkrieg von 2011 begann. Von März bis Oktober 2011 fand eine internationale Militärintervention auf der Seite der Gegner Gaddafis statt. Gaddafi wurde am 20. Oktober 2011 von seinen Gegnern getötet. Im Mai 2014 entstand aus dem entstandenen Machtvakuum ein zweiter Bürgerkrieg, in dem rivalisierende Milizen gegeneinander kämpften, was zum vollständigen politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch sowie zur Spaltung des Landes in zwei Machtblöcke führte. Zwischenzeitlich konnte sich auch der IS in einigen Landesteilen etablieren. Nach erheblichen Luftangriffen konnte die Hauptstadt Tripolis ihre Funktion nicht mehr erfüllen. Regierungs- und Parlamentssitz ist deshalb seit 2014 die weiter östlich gelegene Stadt Tobruk. 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts werden durch Erdöl und Erdgas erwirtschaftet. Der Ölpreisverfall hatte entsprechend verheerende Folgen für die Volkswirtschaft. Hinzu kommt die teilweise Zerstörung der entsprechenden Infrastruktur durch den IS, sodass nach Beendigung der Kämpfe umfangreiche Investitionen in die Instandsetzung und Neuanschaffung erforderlich werden.

Aktuelles Ranking laut Weltbank BIP Index: Keine Angaben

Aktuelles Ranking laut Global Competitiveness Report: Keine Angaben

Aktuelles Ranking laut Transparency International: 170

Aktuelles Ranking laut Reporter ohne Grenzen: 163

Aktuelles Ranking laut Rule of Law Index: Keine Angaben

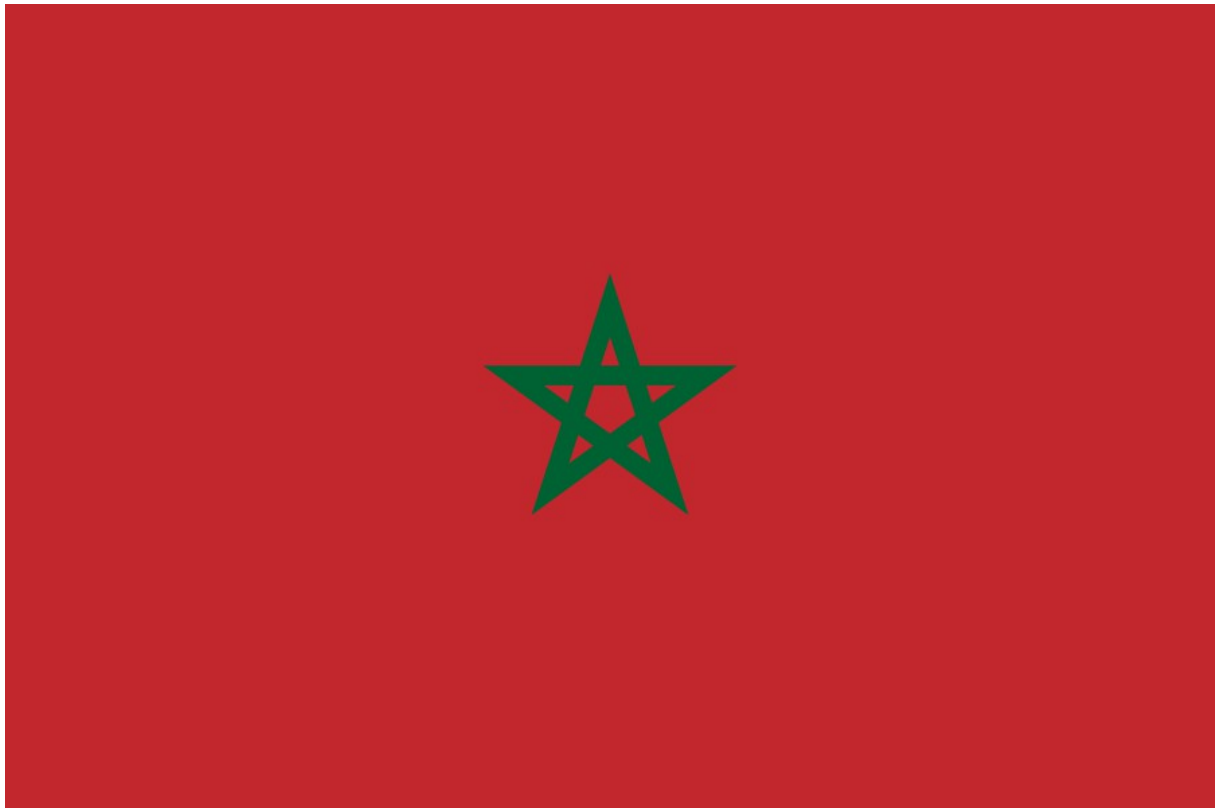
Aktuelles Ranking laut UN Human Development Index: 102

Aktuelles Ranking laut S&P Global: Keine Angaben

Aktuelles Ranking laut Global Peace Index: 154

Aktuelles Ranking laut Weltbank Doing Business Index: 188

Aktuelles Ranking laut Travel & Tourism Competitiveness Index: Keine Angaben



Marokko

Hauptstadt: Rabat

Website: <http://www.maroc.ma> - Tourismus: <http://www.visitmorocco.com>

Marokko verfügt über eine marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaftsordnung, die den Schutz des Eigentums sowie Gewerbe- und Niederlassungsfreiheit und Wettbewerb vorsieht. Zu Zeiten Hassans II. stellte Marokko einen Antrag zur Aufnahme in die EG, der jedoch abgelehnt wurde. Marokkos Ziel einer engeren Anbindung an die EU ist mit der Unterzeichnung eines Assoziationsabkommens mit der EU im Jahr 1996 (in Kraft getreten im Jahr 2000) ein Stück näher gerückt. Marokko durchläuft einen tiefgreifenden Wandlungsprozess vom Agrar- zum Industrie- und Dienstleistungsland. Die ökonomischen Rahmenbedingungen und das Investitionsklima haben sich in den vergangenen Jahren verbessert. Die wirtschaftliche Entwicklung unterliegt jedoch großen Schwankungen. Um die Industrialisierung voranzutreiben, bemüht sich Marokko um die Ansiedlung ausländischer Investoren. Nach erfolgreichen Jahren mit einem Wirtschaftswachstum von bis zu acht Prozent ist die Rate seit 2010 stark zurückgegangen.

Die Marktliberalisierung zwischen Marokko und der EU im Rahmen des Assoziierungsabkommens birgt große Chancen, aber auch große Herausforderungen. Innovationsfähigkeit, Produktsicherheit und Qualitätsstandards marokkanischer Unternehmen nähern sich allmählich den Anforderungen der EU an. Dennoch ist Marokko bislang noch unzureichend in den Weltmarkt integriert. Eines der Hindernisse ist die geringe oder nicht an den Markt angepasste berufliche Qualifizierung. Im Wirtschaftsbereich zeigt sich die Regierung reformorientiert. So konnte der Bedarf an Subventionen für Lebensmittel und Brennstoffe um rund die Hälfte von 6,5 auf 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gesenkt werden. Mit Investitionsanreizen macht sich das Land für ausländische Investoren attraktiv. Beispielsweise sind mehr als 120 deutsche Firmen mit Kapitalbeteiligung in Marokko vertreten.

Ein bedeutender Wirtschaftszweig ist der Tourismus: Die Regierung unternimmt große Anstrengungen, die touristische Infrastruktur stark zu erweitern. An den marokkanischen Küsten entstehen neue Badeorte. Zwar haben Anschläge auf touristische Ziele 2011 kurzzeitig zu einem Rückgang der Deviwingsch Real Estate Investments • Mail: info@wingsch.net • Internet: www.wingsch.net

seneinnahmen aus dem Tourismusgeschäft geführt. Seit 2012 ist jedoch wieder ein Zuwachs erkennbar. Der Erwerb und die Pacht von Grundstücken und Immobilien ist bisweilen eine Herausforderung, mit Ausnahme von Agrarland aber grundsätzlich uneingeschränkt möglich.

Aktuelles Ranking laut Weltbank BIP Index: 60

Aktuelles Ranking laut Global Competitiveness Report: 70

Aktuelles Ranking laut Transparency International: 90

Aktuelles Ranking laut Reporter ohne Grenzen: 133

Aktuelles Ranking laut Rule of Law Index: 60

Aktuelles Ranking laut UN Human Development Index: 123

Aktuelles Ranking laut S&P Global: BBB-

Aktuelles Ranking laut Global Peace Index: 90

Aktuelles Ranking laut Weltbank Doing Business Index: 68

Aktuelles Ranking laut Travel & Tourism Competitiveness Index: 65



Mauretanien

Hauptstadt: Nouakchott

Website: Keine Angaben - Tourismus: siehe Reisewarnungen Auswärtiges Amt

Mauretanien ist eines der ärmsten Länder der Welt und leidet unter Landflucht, unzureichender Infrastruktur in den Städten, schlechten Verkehrsverhältnissen und einer politischen Lage, die Investitionen aus dem Ausland entgegensteht. Die grundlegenden Wirtschaftszweige Mauretaniens sind die Landwirtschaft, der Fischereisektor und der Erzbergbau. Die Küstengewässer sind sehr fischreich. Durch Joint Ventures mit ausländischen Fischereiunternehmen, die der mauretanische Staat ab 1979 einging, übertrafen die Erlöse aus der Fischereiwirtschaft in den 1980er und 1990er-Jahren die Einnahmen aus dem Eisenerzexport. Eine eigene Flotte erwies sich dabei als weniger rentabel als die Konzessionsvergabe an europäische, russische und chinesische Fischereiunternehmen. An erster Stelle bei den Bodenschätzen steht der Abbau von Eisenerz. Seit 2006 wird vor der Küste im Atlantik Erdöl aus dem Chinguetti-Ölfeld gefördert. Das Land ist fast dreimal so groß wie Deutschland und besteht mit Ausnahme einer Dornbuschsavannenzone von der Hauptstadt Nouakchott entlang der Südgrenze aus Wüste. Nach dem Militärputsch von 2008 regierte eine Militärdiktatur. 2009 fanden wieder Präsidentschaftswahlen statt. Erklärte Ziele des Präsidenten sind die Bekämpfung der Armut und der Kampf gegen Korruption. Im Vergleich zu anderen Ländern der Sahelzone gilt Mauretanien als politisch relativ gefestigt. Es spielt daher eine wichtige Rolle für die Stabilität der gesamten Region. 25 Prozent der Bevölkerung lebt in der Hauptstadt.

Aktuelles Ranking laut Weltbank BIP Index: 154

Aktuelles Ranking laut Global Competitiveness Report: 137

Aktuelles Ranking laut Transparency International: 142

Aktuelles Ranking laut Reporter ohne Grenzen: 55

Aktuelles Ranking laut Rule of Law Index: Keine Angaben

Aktuelles Ranking laut UN Human Development Index: 157

Aktuelles Ranking laut S&P Global: Keine Angaben

Aktuelles Ranking laut Global Peace Index: 120

Wingsch Real Estate Investments • Mail: info@wingsch.net • Internet: www.wingsch.net

Aktuelles Ranking laut Weltbank Doing Business Index: 160

Aktuelles Ranking laut Travel & Tourism Competitiveness Index: 132



Montenegro

Hauptstadt: Podgorica

Website: <http://www.gov.me> - Tourismus: <http://www.montenegro.travel>

Montenegro ist eine Republik an der südöstlichen Adriaküste in Südosteuropa. Nachdem Montenegro nahezu 90 Jahre zu Jugoslawien gehört hatte, wurde es am 3. Juni 2006 erneut unabhängig. Der Balkanstaat ist mit etwa 625.000 Einwohnern und einer Fläche von 13.812 Quadratkilometern einer der kleineren Staaten Europas – flächenmäßig etwas kleiner als Schleswig-Holstein. Hauptwirtschaftszweig ist der Tourismus an Küste. In Montenegro dominiert der Dienstleistungssektor, auf den ca. 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts entfallen. In Montenegro besteht ein breiter politischer Konsens über marktwirtschaftliche Prinzipien und Wirtschaftspolitik, wenngleich dem Staat in Bezug auf viele Schlüsselbetriebe (beispielsweise dem Stromversorger EPCG, Montenegro Airlines oder der Bahn) noch eine bedeutende Rolle zukommt. Montenegro Beitrittskandidat der Europäischen Union und besitzt den Beobachterstatus bei der NATO.

Die Hauptstadt ist Podgorica. Podgorica ist das wichtigste Zentrum der montenegrinischen Industrie. Es gibt in der Stadt eine Aluminiumhütte, auf die 45 Prozent der Exportleistung des Landes entfallen. Weiterhin gibt es Textilbetriebe sowie Betriebe zur Verarbeitung von Erzeugnissen der Landwirtschaft, insbesondere Tabak. Die meisten Menschen sind jedoch nicht mehr in der Industrie, sondern im Dienstleistungssektor und bei Behörden beschäftigt. Podgorica ist ebenfalls das kulturelle Zentrum von Montenegro.

Der Tourismus- und Energiesektor sind Schwerpunkte der zukünftigen Wirtschaftsentwicklung. In diesen Bereichen sind Fortschritte zu verzeichnen. Als schwierig erweist sich hingegen nach wie vor die Modernisierung und Privatisierung der früheren staatlichen Großindustrie. Der Tourismusbereich weist seit Jahren hohe Wachstumszahlen auf. Zahlreiche Hotels wurden privatisiert, modernisiert oder neu gebaut. Es zeigen sich Zuwachsraten bei den Besucherzahlen, insbesondere in der Hochsaison, in der die Infrastruktur des Landes (Straßen, Wasser, Abfall, Abwasser, Strom) bis an ihre Grenzen ausgelastet wird. Das Land hat aus geographischen und kulturellen Gründen sehr gute Voraussetzungen für den Tourismus. Am interessantesten dürfte der Flug- und Individualtourismus sein. Montenegro versucht, die obere Kategorie in der Hotellerie stärker auszubauen. Darüber hinaus bleibt die richtige Balance zwischen Tourismusentwicklung und Bewahrung der Naturschönheit Montenegros eine Herausforderung. Immobilien können in Montenegro uneingeschränkt erworben werden.

Aktuelles Ranking laut Weltbank BIP Index: 161
Aktuelles Ranking laut Global Competitiveness Report: 82
Aktuelles Ranking laut Transparency International: 64
Aktuelles Ranking laut Reporter ohne Grenzen: 106
Aktuelles Ranking laut Rule of Law Index: Keine Angaben
Aktuelles Ranking laut UN Human Development Index: 48
Aktuelles Ranking laut S&P Global: B+
Aktuelles Ranking laut Global Peace Index: 60
Aktuelles Ranking laut Weltbank Doing Business Index: 51
Aktuelles Ranking laut Travel & Tourism Competitiveness Index: 72



Palästinensische Autonomiegebiete

Hauptstadt: Ostjerusalem (de jure) / Gaza Stadt und Ramallah (de facto)

Website: Keine Angaben - Tourismus: <http://travelpalestine.ps>

Investitionen in den Palästinensischen Autonomiegebieten sind mit großen Herausforderungen verbunden. Ein Zugang zum Gaza-Streifen ist aufgrund der restriktiven Regelungen von israelischer und ägyptischer Seite aus nur theoretisch möglich, regelmäßige und planbare wirtschaftliche Aktivitäten dadurch so gut wie nicht möglich. Bemühungen den Flughafen und den Handelshafen zu rekonstruieren und eine erweiterte Fischereizone einzurichten, scheitern bisher an der Blockadehaltung Israels. Es gibt Bemühungen von verschiedenen Seiten dies zu ändern. Laut eines UNO-Berichts aus dem Jahr 2015 wird der Gaza-Streifen bei unveränderter Ausgangslage voraussichtlich spätestens ab 2020 nicht mehr bewohnbar sein. Die Versorgungslage ist schon heute katastrophal. Hinzu kommt, dass die Terrororganisation Hamas die Regierung im Gaza-Streifen stellt, was die Perspektivlosigkeit der Bevölkerung weiter erhöht. Die Aktivitäten in der West Bank werden nicht ganz so restriktiv durch die Israelis begrenzt. Hier regiert die Fatah, mit der sich die Hamas überworfen hat. Planbares, wirtschaftliches Handeln ist aber aufgrund der Besatzungsregelungen auch hier so gut wie nicht möglich. Zudem wird durch die kontinuierliche Zersiedlung der West Bank mit Hilfe von israelischen Siedlungen die Landname vorangetrieben und dadurch die für die Eigenversorgung wichtigen landwirtschaftlichen Flächen systematisch vernichtet. Dies führt zu erforderlichen Zukäufen von Lebensmitteln aus israelischer Produktion. Die West Bank könnte sich autark mit Wasser und Strom versorgen. Voraussetzung hierfür wäre, dass die Palästinenser eigene Pumpen und Brunnen betreiben, sowie Solar- und Windkraft nach eigenem Ermessen nutzen dürften. Die Nutzungserlaubnisse werden so gut wie nie erteilt und bereits errichtete Anlagen abgerissen. Hilfgelder der internationalen Gemeinschaft, die für die Palästinensischen Autonomiegebiete bestimmt sind, gelangen so auf verschiedenen Wegen direkt nach Israel. Gleichzeitig wird die Abhängigkeit der Autonomiegebiete von Israel erhöht und dadurch die ohnehin dramatische Haushaltslage weiter verschärft. Im Juni 2017 jährt sich das 50 jährige Bestehen der Besatzung der Palästinensischen Autonomiegebiete (Gazastreifen, Westjordanland und Ostjerusalem). Beide Gesellschaften sind davon tief geprägt. Gegenseitige Beschuldigungen, Delegitimierungs-/Dehumanisierungsversuche und die Zunahme von gegenseitiger Gewalt und Kompromisslosigkeit sind die Folgen.

Aktuelles Ranking laut Weltbank BIP Index: 123

Aktuelles Ranking laut Global Competitiveness Report: Keine Angaben

Aktuelles Ranking laut Transparency International: Keine Angaben

Aktuelles Ranking laut Reporter ohne Grenzen: 135

Aktuelles Ranking laut Rule of Law Index: Keine Angaben

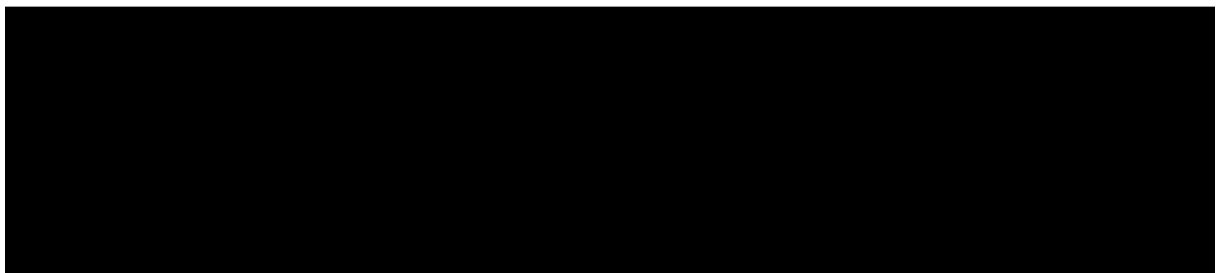
Aktuelles Ranking laut UN Human Development Index: 114

Aktuelles Ranking laut S&P Global: Keine Angaben

Aktuelles Ranking laut Global Peace Index: 148

Aktuelles Ranking laut Weltbank Doing Business Index: 140

Aktuelles Ranking laut Travel & Tourism Competitiveness Index: Keine Angaben



Syrien

Hauptstadt: Damaskus

Website: <http://www.egov.sy> - Tourismus: siehe Reisewarnungen Auswärtiges Amt

Die Investitionsfrage stellt sich in Syrien gegenwärtig nicht. Die allgemeine Entwicklung im Land kann nur als „katastrophal“ beschrieben werden. Sollte in absehbarer Zeit Frieden erreicht werden, bieten sich beim Wiederaufbau zahllose Chancen zum Neustart. Aufgrund der sehr komplexen Problemstellung und der unübersichtlichen Vielzahl an Beteiligten ist in 2017 und 2018 aber kaum damit zu rechnen. Auch Gespräche über die Rückgabe der von Israel annektierten syrischen Golanhöhen sind ausgesetzt, was insofern von zusätzlicher Bedeutung ist, als Syrien Teile der Golanhöhen dem Libanon zugesagt hat. Dabei handelt es sich um die sogenannten Schebaa-Farmen mit gerade einmal 28 km² Fläche. Die Terrororganisation Hisbollah beruft sich allerdings auf diese Vereinbarung und setzt wegen der Nichtrückgabe ihren bewaffneten Kampf gegen Israel fort.

Aktuelles Ranking laut Weltbank BIP Index: Keine Angaben

Aktuelles Ranking laut Global Competitiveness Report: Keine Angaben

Aktuelles Ranking laut Transparency International: 173

Aktuelles Ranking laut Reporter ohne Grenzen: 177

Aktuelles Ranking laut Rule of Law Index: Keine Angaben

Aktuelles Ranking laut UN Human Development Index: 149

Aktuelles Ranking laut S&P Global: Keine Angaben

Aktuelles Ranking laut Global Peace Index: 163

Aktuelles Ranking laut Weltbank Doing Business Index: 173

Aktuelles Ranking laut Travel & Tourism Competitiveness Index: Keine Angaben



Tunesien

Hauptstadt: Tunis

Website: <http://www.tunisie.gov.tn> - Tourismus: <http://www.discovertunisia.com>

Die Volkserhebung von 2011 und dem damit einsetzenden Arabischen Frühling führten zunächst zu einem bemerkenswerten Transformationsprozess, der allerdings einige negative Auswirkungen auf die Volkswirtschaft hatte. Inzwischen ist der Wandlungsprozess weit fortgeschritten und die Wirtschaft wieder auf einem guten Weg. Tunesien ist seit jeher stark auf Europa fokussiert (Außenhandel und Tourismus), sodass sich die Konjunkturzyklen innerhalb der EU auch in Tunesien bemerkbar machen. Seit den 1990er Jahren hat sich Tunesien für ausländische Direktinvestitionen geöffnet. Derzeit gibt es etwa 3.000 Unternehmen, die mit ausländischem Kapital betrieben werden. Sie beschäftigen über 300.000 Arbeitnehmer. Frankreich, Italien und Deutschland sind die wichtigsten Herkunftsländer. Tunesien verfügt über eine moderne Wirtschaftsstruktur auf marktwirtschaftlicher Basis sowie wichtige Standortvorteile: Ein hoher Industrialisierungsgrad, gute Infrastruktur, Nähe zu Europa sowie qualifizierte Arbeitskräfte und Steuervorteile für Exportbetriebe. Den größten Anteil am Bruttoinlandsprodukt erwirtschaftet der Dienstleistungssektor (50 Prozent aller Erwerbstätigen), gefolgt von der Industrie (32 Prozent) und der Landwirtschaft (25 Prozent). Das Land hat sich durch die Förderung des privaten Sektors und die Integration in die Weltwirtschaft eine gute Position in der Region erarbeitet. Die wirtschaftliche Öffnung hat Tunesien ein solides Wachstum und hohe Direktinvestitionen aus dem Ausland beschert. Die 1995 erfolgte Assoziation mit der EU war ein wichtiger Meilenstein im Aufstieg des Landes in den Kreis der Industrieländer. Seit 2008 sind alle Zölle für Industriegüter zwischen Tunesien und der EU abgeschafft (*Euro-mediterrane Partnerschaft* (EUROMED)). Die größten ökonomischen Herausforderungen liegen für Tunesien insbesondere in der Bekämpfung der seit Jahren hohen Arbeitslosigkeit sowie der Erhöhung des Investitionsniveaus im privaten und öffentlichen Sektor. Im Rahmen der seit 2012 bestehenden *Privilegierten Partnerschaft* wurden 2015 die Verhandlungen zu einem umfassenden und vertieften Freihandelsabkommen (DCFTA) zur Liberalisierung von Dienstleistungen und Agrargütern zwischen Tunesien und der EU offiziell aufgenommen.

Tunesien hat mit 1300 Kilometern Küste, zumeist mit Sandstrand, und einem reichen kulturellen Erbe ein großes touristisches Potential. Der Fremdenverkehr hat sich seit Anfang der 1970er Jahre zu einem wichtigen Wirtschaftszweig entwickelt, der allerdings aufgrund des Arabischen Frühlings Einbußen verzeichnen musste. Die Wiederbelebung der Wirtschaft (insbesondere Direktinvestitionen aus der EU) und des Tourismus begann Ende 2014 und setzte sich 2015 mit bemerkenswerten Zuwachsraten fort.

Während des Regimes von Ben Ali standen die wichtigsten Unternehmen des Landes unter der Kontrolle der Präsidentenfamilie. Dieses Monopol ist nun beseitigt und ein freier Wettbewerb ist möglich. Die tunesische Regierung bemüht sich, konsequente Strukturreformen voranzutreiben, zum Beispiel bei den öffentlichen Finanzen und im Bankensektor, um jungen Unternehmen Kapital zur Verfügung stellen zu können. Der *Internationale Währungsfonds* (IWF) bewertete den Stand der Reformen in Tunesien im September 2015 positiv. Immobilien können in Tunesien frei erworben werden. Es gibt weder Begrenzungen bei der Anzahl noch dem Wert von Immobilien. Ausgeschlossen sind lediglich landwirtschaftliche Flächen.

Aktuelles Ranking laut Weltbank BIP Index: 85

Aktuelles Ranking laut Global Competitiveness Report: 95

Aktuelles Ranking laut Transparency International: 75

Aktuelles Ranking laut Reporter ohne Grenzen: 97

Aktuelles Ranking laut Rule of Law Index: 58

Aktuelles Ranking laut UN Human Development Index: 97

Aktuelles Ranking laut S&P Global: BB-

Aktuelles Ranking laut Global Peace Index: 65

Aktuelles Ranking laut Weltbank Doing Business Index: 77

Aktuelles Ranking laut Travel & Tourism Competitiveness Index: 87



Türkei

Hauptstadt: Ankara

Website: <https://www.turkiye.gov.tr> - Tourismus: <http://www.tourismturkey.org>

In der vergangenen Dekade hat das Schwellenland Türkei eine bemerkenswerte Aufholjagd gestartet und dabei Wachstumsraten von 7% bis 10% p.a. erreicht. Die Wachstumsrate sank allerdings bereits seit 2013 und ist mittlerweile nahezu zum Erliegen gekommen. Aufgrund der innen- und außenpolitisch unsicherer werdenden Situation, verhalten sich ausländische Investoren zunehmend zurückhaltend. Dies macht sich deutlich in den gesamtwirtschaftlichen Statistiken bemerkbar, wobei die Türkei nach wie vor die mit deutlichem Abstand größte Wirtschaftsmacht der Levante und Nordafrikas ist. Das BIP ist jeweils knapp dreifach so hoch, wie das der an zweiter und dritter Stelle liegenden Ägypten und Israel. 2016 konnte zwar scheinbar ein gesamtwirtschaftliches Plus erwirtschaftet werden. Tatsächlich wurde dieses allerdings teuer erkaufte, indem sich das Land von Tafelsilber getrennt hat und nun auf der Suche nach Geldgebern ist, um die aufgetretenen Lücken zu füllen. Angesichts des zunehmenden Isolationismus der Landesführung und der unübersichtlichen künftigen Entwicklung des Landes, gestaltet sich dieses Vorhaben zunehmend schwierig. Es ist mit einem weiteren Abwärtstrend zu rechnen. Am deutlichsten ist dies am Tourismus ablesbar. Nach einer militärischen Episode an der syrischen Grenze mit Russland und aufgrund der deutlichen Schwäche der russischen Volkswirtschaft sind die Buchungszahlen russischer Touristen stark eingebrochen. Hinzu kommen Terroranschläge in Ankara und Istanbul, die für Unsicherheit bei westlichen Touristen sorgt. Im Jahr 2016 kam es zu einem Putschversuch, der mit einem deutlichen Niedergang demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien einher ging. Zudem hat die Mehrheit der Türken in einem Referendum für die Einführung eines Präsidialsystems gestimmt, sodass das Land nun faktisch autoritär geführt wird. Dies ist weder gut für die Wirtschaft allgemein, noch für den Tourismus im Besonderen. Insgesamt ist die Rede von einem Rückgang des Tourismus von bis zu 50%. Von den ursprünglich 800.000 in Vollzeit und ganzjährig Beschäftigten im türkischen Tourismus ist über die Hälfte inzwischen entlassen worden. Die Mehrzahl der verbliebenen Beschäftigten haben saisonale Verträge abschließen müssen. Vom Niedergang des Tourismus profitieren insbesondere Spanien und Griechenland, die als Ausweichziele gewählt werden.

Wingsch Real Estate Investments • Mail: info@wingsch.net • Internet: www.wingsch.net

Die wirtschaftliche Entwicklung innerhalb des Landes weist grundsätzlich deutliche Unterschiede auf. Während sich der europäische Teil des Landes sehr positiv entwickelt hat, ist die wirtschaftliche Entwicklung im asiatischen Teil stark ausbaufähig. Der durch Ankara einseitig aufgekündigte Friedensprozess mit der im Südosten des Landes beheimateten kurdischen Minderheit und dem rücksichtslosen Einsatz des türkischen Militärs in der Region wirft den Annäherungs- und Friedensprozess um Jahre zurück. Gleichzeitig beteiligt sich das türkische Militär an dem Krieg in Syrien. Auch hier ist mit einem baldigen Ende nicht zu rechnen. Die Wiedereinführung der Todesstrafe ist im Gespräch, was zum unmittelbaren Abbruch der Aufnahmeverhandlungen der Türkei in die Europäische Union führen würde. Als denkbare Alternative ist der qualitative und quantitative Ausbau der bereits gegebenen Zollunion (Europäische Zollunion) zwischen der EU und der Türkei geplant.

Die Türkei hat in der Vergangenheit eine Vielzahl von zum Teil bemerkenswerten Infrastrukturmaßnahmen angekündigt, begonnen oder bereits fertiggestellt. Insbesondere der Großraum Istanbul und die größeren Agglomerationen in der Westtürkei profitierten davon stark. Es handelt sich um Verkehrsinfrastrukturprojekte, um die vorhandene, teilweise stark überlastete Infrastruktur zu ersetzen oder zu ergänzen. Auch der Hochbau hat in der vergangenen Dekade einen bemerkenswerten Boom erlebt, der sich allerdings mehr und mehr abschwächt und damit den Rahmenbedingungen Rechnung trägt. Inwiefern die staatlichen Projekte auch weiterhin umgesetzt werden können, ist noch nicht abschließend geklärt. Angesichts der Wirtschaftslage des Landes ist aber mindestens mit bemerkbaren Verzögerungen zu rechnen. Für Wohnprojekte in den größeren Städten besteht auch weiterhin großer Bedarf. Gewerbliche Projekte sind vor dem Hintergrund der Rahmenbedingungen sorgfältig zu prüfen. Als unangefochtenes wirtschaftliches, gesellschaftliches und kulturelles Zentrum der Türkei, kann Istanbul auch weiterhin mit gutem Zulauf rechnen. Die Türkei ist ein attraktiver Standort, vor allem wegen deutlich niedrigerer Löhne und Gehälter im Vergleich zu Nordeuropa und Nordamerika, aber auch wegen der potentiell großen Wachstumschancen, die auch mittel- und langfristig nur mit ausländischer Hilfe (Kapital und Know-how) erschlossen werden können.

Aktuelles Ranking laut Weltbank BIP Index: 18

Aktuelles Ranking laut Global Competitiveness Report: 55

Aktuelles Ranking laut Transparency International: 75

Aktuelles Ranking laut Reporter ohne Grenzen: 155

Aktuelles Ranking laut Rule of Law Index: 99

Aktuelles Ranking laut UN Human Development Index: 71

Aktuelles Ranking laut S&P Global: BB

Aktuelles Ranking laut Global Peace Index: 145

Aktuelles Ranking laut Weltbank Doing Business Index: 69

Aktuelles Ranking laut Travel & Tourism Competitiveness Index: 44

Quellen

1. Eigene Recherchen
2. Auswärtiges Amt der Bundesrepublik Deutschland
3. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
4. Germany Trade & Invest (GTAI)
5. Deutsche Auslandshandelskammern (AHK)
6. Statistisches Amt der Europäischen Union (Eurostat)
7. Welthandelsorganisation (WTO)
8. United Nations (UN)
9. United Nations World Tourism Organization (UNWTO)
10. Weltwirtschaftsforum (WEF)
11. Transparency International
12. Reporter ohne Grenzen
13. S&P Global Ratings Sovereign Risk Indicators
14. Vision of Humanity - Global Peace Index
15. Bildmaterial von Wikimedia Commons